

Das „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. zuzüglich Briefgebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Angewiesen werden in der Briefetal-Bote Birkenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Telegramm-Stationen angenommen. Die Telegramm-Stationen Döhlitz kostet 25 Pfennig, die Refamagelie 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 199.

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Sonnabend, den 19. Dezember 1925

Postfachkonto: Berlin 62 448.

24. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.
Ein goldener Trauring als verloren gemeldet.
Birkenwerder, den 18. Dezember 1925.
Der Amtsvorsteher, J. B.: Bieper.

Was gibt es Neues?

Der demokratische Parteiführer Abg. Dr. Koch hat dem Reichspräsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben.
Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages gab dem Finanzminister die Ermächtigung, für die preussischen Beamten der Gruppe 1-6 dieselbe Regelung wie im Reich zu treffen.
Der neue Reichskommissar für die Rheinlande, Freiherr Langwerth von Simmern, wurde von Briand empfangen und hatte sodann mit dem Kriegsminister Bainlebe eine Unterredung über die Frage der Besatzungsstruppen.
In Berlin sind zwei Personen verhaftet worden, die unter dem Verdacht stehen, ein Attentat gegen Stresemann geplant zu haben.
Der französische Senator Doumer ist zum Finanzminister ernannt worden.
Der englische Außenminister Chamberlain hat sich nach Abschluss der Völkerbundtagung von Genf aus nach Kapstadt zu einem kurzen Kuraufenthalt begeben.

Koch gibt den Auftrag zurück.

Abgabe der Sozialdemokraten. — Die Große Koalition gescheitert.

Die Bemühungen des Führers der Demokratischen Partei, Dr. Koch, zur Herbeiführung der Großen Koalition sind infolge der ablehnenden Haltung der Sozialdemokraten gescheitert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte am Mittwochabend einen Beschluss gefasst, der auspricht, daß sie in dem Ergebnis der geführten Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung einer Großen Koalition erblickt. Dieser Beschluss wurde Donnerstag früh bei der Parteiführer-Versammlung durch den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, damit begründet, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend seien, den Bemühungen Kochs um die Regierungsbildung kein Erfolg beschieden war.

Der Abgeordnete Koch stellte daraufhin fest, daß die Bemühungen um die Errichtung der Großen Koalition gescheitert seien. Im Hinblick darauf berichtete er dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergäbe, daß die Große Koalition zur Zeit nicht möglich sei, und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück.

Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Koch für seine mühevollen Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Attentatsplan gegen Stresemann.

Zwei Verhaftungen in Berlin.
Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind zwei Personen, die in dem Verdacht stehen, die Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann vorzubereiten zu haben, am 7. d. M. in Berlin verhaftet worden. Der Oberreichsanwalt hat die erforderlichen Anweisungen erteilt und wird voraussichtlich die Erfassung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Verbrechens gegen § 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik beantragen.

Es wird darauf hingewiesen, daß in diesem Falle die Errichtung eines Verhörs wegen Mordversuches nach dem Strafgesetzbuch nicht möglich war, da nach den bisherigen Feststellungen nur vorbereitende Handlungen in Frage zu kommen scheinen. Wie die Berliner Blätter ergänzend melden, handelt es sich bei den Verhafteten um einen 40 Jahre alten früheren Akademiker namens Karl Kaldorf, den Sohn eines höheren Beamten, und um einen etwa 5 Jahre jüngeren früheren Büroangestellten Lorenz.

Der Attentatsplan.

Stresemann als einen Volksschädling betrachtet, der Beseitigt werden müsse. Kaldorf habe sich während der Räuberherrschaft in München und den Kommunisten gesellen und war deswegen zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Später ist er dann zu den Hitlerleuten übergetreten. Vor einem Jahre kam er nach Berlin und fand hier in Vorens einen Verbindungspunkt für die Durchführung seines Attentatsplanes. Beide beschraffen genau alle Einzelheiten des Planes. Stresemann sollte erschossen werden. Ein Automobil sollte die Täter nach einem Flugplatz hinausbefördern, wo ein Flugzeug für sie bereitsteht.

lonte. In einer Verkleidung wollten sie damit auf dem Luftwege des Ausland erreichen.

Die Aufhebung des Kompotts.

Ein Brief an einen vermeintlichen Gefinnungs-genosse führte zur Entdeckung des Planes. Anfang Dezember richtete Kaldorf ein Schreiben an einen Münchener Rechtsanwalt, in dem er ihn um Unterstützung für ein Attentat gegen Stresemann bat. Der Rechtsanwalt übergab den Brief sofort der Polizei, die sich mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung setzte. Darauf wurde die Berliner Polizei von dem Attentatsplan benachrichtigt, die ihrerseits sofort zur Verhaftung der beiden Personen schritt.

Bei ihren Vernehmungen hat die Polizei den Eindruck gewonnen, daß es sich um geistig minderwertige Leute handelt. Vorens hat, wie bereits festgestellt ist, vor Jahren einmal im Irrenhaus gesessen. Es scheint auch jetzt festzustellen, daß der Attentatsplan über Vorbesprechungen nicht hinausgediehen ist. Tugend welche Beziehungen zwischen den Verhafteten und politischen Parteien sind nicht festgestellt worden.

Sherabsetzung der Lohnsteuer.

Die Beschlüsse des Reichstages.
In Uebereinstimmung mit der Reichsregierung hat der Reichstag eine wesentliche Senkung der Lohnsteuer beschlossen.

Danach bleiben bei der Lohnsteuer vom Arbeitslohn jährlich 1200 Mark steuerfrei, und zwar 720 Mark als steuerfreie Lohnsteuer (sogenanntes steuerfreies Existenzminimum), 240 Mark zur Abgeltung der Werbungskosten und 240 Mark zur Abgeltung der Sonderleistungen.

Außerdem bleiben steuerfrei für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Prozent nach Abzug der 1200 Mark verbleibenden Arbeitslohnes, mindestens aber 120 Mark für die Ehefrau, 120 Mark für das erste Kind, 240 Mark für das zweite Kind, 480 Mark für das dritte Kind, 720 Mark für das vierte Kind, je 960 Mark für das fünfte und jedes folgende Kind.

Bei der veranlagten Einkommensteuer werden in ähnlicher Weise Abzüge gemacht. Einkommen unter 1300 Mark im Jahr sollen überhaupt nicht veranlagt werden, also steuerfrei bleiben. Die steuerfreie Grenze von 1300 Mark soll sich bei den verheirateten Steuerpflichtigen noch erhöhen für die Ehefrau um 100 Mark, für das erste Kind um 100 Mark, für das zweite Kind um 180 Mark, für das dritte Kind um 360 Mark, für das vierte Kind um 540 Mark, für das fünfte und jedes folgende Kind um je 720 Mark.

Im übrigen werden von dem Einkommen bei der Veranlagung abgezogen 720 Mark als steuerfreier Einkommenanteil, sofern das Einkommen 10000 Mark im Jahre nicht übersteigt, sowie ferner für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 8 Prozent, des nach Abzug der 720 Mark verbleibenden Einkommens, jedoch höchstens je 600 Mark für die Frau und jedes Kind, insgesamt aber nicht mehr als 8000 Mark; der Abzug für die Familienangehörigen soll aber mindestens betragen für die Ehefrau 100 Mark, für das erste Kind 100 Mark, für das zweite Kind 180 Mark, für das dritte Kind 360 Mark, für das vierte Kind 540 Mark, für das fünfte und jedes folgende Kind je 700 Mark.

Der preussische Bergbau.

Aus dem Landtag.

— Berlin, den 17. Dezember 1925.

Das Haus erledigte heute die Beratung des Bergbauhaushalts, der auf besonderen Wunsch zurückgestellt worden war. Abg. Dittler (Soz.) berichtete über eine Reihe von Anträgen, die sich insbesondere mit der Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Holland“ befassen.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (Wirtsch. Vgl.) bemängelte die Art, wie der preussische Fiskus im Oberbergbau, insbesondere in St. Andreasberg, den Bergbau betreibt. Bergwerke seien am Verfall; es geschähe nichts, sie ihrem Verfall wieder auszuführen.

Minister Schaefer betonte, das Ergebnis der Sachverständigen-Untersuchung sei, daß der Erbergbau im Oberbergbau, insbesondere in St. Andreasberg, den Bergbau betreibt. Bergwerke seien am Verfall; es geschähe nichts, sie ihrem Verfall wieder auszuführen.

Abg. Steger (Str.) sprach sich gegen die Zurückweisung des Antrages auf Verbot der elektrischen Vorkom-

tionen in den Bergwerken an den Ausbiss aus. Viele elektrischen Vorrichtungen seien zu einer großen Gefahr für das Leben der Arbeiter im Schichtenbau geworden.

Damit schloß die Aussprache. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Kraemer-Recklinhagen (D. Vgl.) auf Zurückweisung des Antrages an den Ausbiss, der die Verwendung elektrischer Grubenlokomotiven im unterirdischen Bergbau verbieten will, gegen die Mehrheit abgelehnt. Der Antrag selbst wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Weiter kam zur Annahme ein Ausbissantrag, der das Staatsministerium ersucht, zu prüfen, inwiefern durch Einführung der fünfjährigen Wochenfrist die planmäßigen Feierlichkeiten beeinträchtigt werden können.

Auch der Antrag des Centrums wurde angenommen. Der Verhandlungen für die Wiederbetriebslegung der Zeche „Alter Döle“ und eventuelle Bereitstellung eines Kredites bis zur Höhe von vier Millionen Reichsmark für diesen Zweck wünscht. Das Haus stimmte weiter dem Antrag Pinkert (D. Vgl.) zu, der die Maßnahmen zur Hebung der Notlage in den Bergwerksgebieten der Ruhr, Sieg und Rill als ungenügend bezeichnet und die Staatsregierung zu wirksamen Vorkehrungen, insbesondere in der Drahtseilfrage auffordert.

Schließlich wurde ein Gesetzentwurf über die Festsetzung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926 angenommen.

Das Haus wandte sich dann der Besprechung von Anträgen über die Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit in Oberschlesien zu. Nach längerer Aussprache, an der sich in der Hauptsache die ober-schlesischen Abgeordneten beteiligten, trat das Haus dem Beschluß des Ausschusses bei, der folgende Maßnahmen vorzuschlagen hat:

1. auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit allem Nachdruck einzurwirken, daß sie dem für die Grenzgebiete vorliegenden härteren Abbau von Eisenerzabwärdigungen zustimmt und den weiteren Abbau von Eisenerzabwärdigkeiten einstellt;

2. unter Aufzuchtlicher Förderung des gewerblichen und sonstigen Wirtschaftens in geeigneter Weise Mittel für den gewerblichen Mittelstand flüssig zu machen, die den aus der zunehmenden Arbeitslosigkeit für diese Kreise sich ergebenden Schäden beheben;

3. die jeizens einiger Gemeinden beantragenen Rotstandsarbeiten tatkräftig zu fördern und über weitere Ausdehnung auf das gesamte Grenzgebiet zu veranlassen; 4. gemeinsam mit der Reichsregierung anganzieren der Erwerbslosen diejenigen in der allgemeinen sozialen Not dieser Grenzgebiete besonders am Platze sind.

Hierauf wandte sich das Haus der Beratung von Ausbissanträgen anganzieren Schlußens zu.

In der Abstimmung fanden die Ausbissanträge einstimmige Annahme, die u. a. verlangen: grundsätzliche besondere Behandlung und Unterstützung der Provinz Ostpreußen, Rückforderung der landwirtschaftlichen Kredit-schulden erst aus den Einnahmen des Rechnungsjahres 1926, Ueberführung des Personalcredits in Realcredit.

Vertragung des Reichstages.

Wiederzunamentritt am 12. Januar.

— Berlin, den 17. Dezember 1925.

Auf Beschluß des Reichstages hielt der Reichstag heute seine letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien ab. Die Vertragung wurde beschlossen, da keine Aussicht besteht, daß in den nächsten zwei Tagen noch eine Regierungserklärung erfolgen kann. Am 12. Januar wird der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnehmen, sofern nicht ein früherer Termin notwendig wird, um die Programmklärung einer neuen Reichsregierung entgegennehmen zu können.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung stand zunächst das Gesetz über die Änderung von Ausbisswerten. Im Interesse der Erhaltung des nationalen Kreditwesens in der durch besondere Verordnungen die Genehmigung zur Ausgabe des Reichsbankgeldes von der Zustimmung eines Sachverständigenausschusses abhängig. Diese Verordnungen, die am 31. Dezember 1925 erlassen wurden, sind nach der Vorlage bis zum 31. Dezember 1927 verlängert werden. Die Vorlage wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung folgte dann der Gesetzentwurf betr. Teilung der Bundeswehrverwaltungsstellen und Errichtung einer Verwaltungsanstalt für die Provinz Ostpreußen. Der soziale Ausschuss hat die Vorlage abgelehnt.

Abg. Hülka (Str.) beantragte Rückverweisung der Vorlage an den Ausbiss, da noch mehr Material zur Beurteilung der wichtigen Frage beigebracht werden müsse.

Ein Dampfsprung ergab, daß 135 Abgeordnete für die Rückverweisung und 108 dagegen sind. Das Haus war also nicht beschlußfähig. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Bei Eröffnung der zweiten Sitzung waren 308 Abgeordnete anwesend; das Haus war also beschlußfähig. Darauf wurde, entsprechend dem Antrag Hülka, die Vorlage an den Ausbiss zurückverwiesen.

Darauf wurde die dritte Lesung des Reichsbankhaushaltsplans beim Reichsministerium für Erziehung fortgesetzt. Abg. Hülka (Str.) forderte den Rückfundament auch für die Landwirtschaft.

Abg. Meyer-Danow (Wirtsch. Vgl.) warf dem Reichspräsidenten Dr. Schacht vor, er habe die Bauern dazu verführt, Beschick auf unrentablen, solche kurzfristigen Kredite seien unrentabel, ebenso die hochverzinslichen Auslandskredite. Die Landwirtschaft brauche langfristige Dampfer- und Saatgutkredite. Darauf wurde die Beratung abgebrochen.

Der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Zinsfreiheit der Reichsbankkredite wird dem Ausbiss überwiefen.